

über Atommüll informieren und darüber reden wollen – jedoch nicht nach den einseitig gesetzten Spielregeln der Kommission. Die öffentliche Aufmerksamkeit am 20. Juni 2015 für die Konflikte rund um den Atommüll soll nicht der Kommission und ihrer Pseudo-Beteiligung überlassen bleiben. Der Titel der Veranstaltung „Atommüll ohne Ende – Teil 2“ nimmt Bezug auf die Tagung der Umweltverbände im März 2014 in Berlin, an deren Diskussionen angeknüpft werden soll.

.ausgestrahlt – gemeinsam gegen Atomenergie und Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: Tagung „Atommüll ohne Ende – Teil 2“, 20. Juni 2015, 11-17 Uhr, Berlin, Tagungszentrum Pfefferberg, Schönhauser Allee 176.

[http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page\\_id=14147](http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=14147)

Anmeldungen bitte an

[tagung@ausgestrahlt.de](mailto:tagung@ausgestrahlt.de)

Teilnahmebeiträge (inklusive Mittagessen) nach Selbsteinschätzung: Solidaritätspreis: 50 Euro, Normalpreis: 30 Euro, Sozialpreis: 10 Euro, Notfalls: 0 Euro. Beiträge (und Spenden) bitte mit dem Vermerk „Atommüll ohne Ende – Teil 2“ überweisen an: Bürgerinitiative Umweltschutz, IBAN DE91 258 501 100 230 042 798 Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg, BIC: NOLA DE21UEL.

## Bürgerinitiative kritisiert Halbzeitbilanz des BUND

Eine Halbzeitbilanz der Arbeit in der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages legte der Umweltverband BUND jetzt vor.<sup>2</sup> Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen hatten die Mitarbeit in der Kommission abgelehnt, weil sie eine umfassende Atommülldebatte und die Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit als Voraussetzung zu einem Neustart in der Endlagersuche gesehen hatten. Daß Gorleben weiter im Suchverfahren bleibt und im

Standortauswahlgesetz (StandAG) als potentielles Atommüll-Endlager festgeschrieben wurde, war ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt. Der BUND hatte sich über diese Einwände hinweggesetzt und seinen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Klaus Brunsmeier in die Kommission entsandt. Seitdem, so Brunsmeier, arbeite der BUND „für ein besseres Suchverfahren mit echter Bürgerbeteiligung und ohne eine Bevorzugung von Gorleben.“ An anderer Stelle heißt es: „Wir arbeiten daran, nachteilige Entscheidungen bezüglich des Salzstocks Gorleben (wie z.B. durch eine einseitige Verlängerung der Veränderungs-sperre) zu verhindern.“

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) stellt dazu fest, der BUND habe sich von seinen Vorsätzen weit entfernt. Versprochen habe Brunsmeier auf einer Veranstaltung in Lüchow, sich für eine schnelle Evaluation des StandAG einzusetzen, um den ungeeigneten Salzstock Gorleben als Endlagerstandort zu streichen und damit den Weg freizumachen für einen tatsächlichen Neustart der Endlagersuche. „Geblichen ist das klägliche Bestreben, für Gorleben eine Gleichbehandlung mit anderen potentiellen Standorten zu erreichen“, hält BI-Sprecher Wolfgang Ehmke dem BUND vor. Von einer schnellen Evaluation könne zur Halbzeit der Kommissionsarbeit nicht mehr die Rede sein, wenn sogar schon der Abschlussbericht in Arbeit sei: „Diese Bilanz dient allein der Rechtfertigung, warum der BUND in diesem Gremium verweilt.“

Alle anderen Themen, die der BUND auf seiner Positivliste anführt, hätten Anti-Atom-Initiativen durch ihre beharrliche Arbeit der Kommission aufgedrängt. Der BUND schreibt, es sei wichtig, „dass der gesamte Atommüll in den Blick genommen wird und dass die realen Probleme beim

aktuellen Umgang mit dem Atommüll Ausgangspunkte der Arbeit sein müssen“ und dass in der Kommission über ein wirksames Verbot des Exports von hochradioaktivem Atommüll debattiert wird.

„Daran arbeiten die lokalen Anti-Atom-Initiativen mit Nachdruck und sie haben mit dem Atommüllreport eine fundierte Übersicht über das gesamte Atommüll-desaster vorgelegt“, erklärt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Diese eigenständige Linie werde weiter verfolgt mit der Tagung „Atommüll ohne Ende – Teil 2“ der Umweltverbände und Standort-Initiativen am 20. Juni 2015.

## Bundeskabinett beschließt Änderungen des Atomgesetzes

### Proteste gegen das Nationale Atommüll-Entsorgungsprogramm

Das Bundeskabinett hat am 27. Mai 2015 den Entwurf eines 14. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes auf den Weg ins Parlament gebracht. Damit soll die Richtlinie 2011/70/Euratom des Rates vom 19. Juli 2011 über einen Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Entsorgung umgesetzt werden. Im Kern geht es um die Verpflichtung zur Erstellung eines Nationalen Entsorgungsprogramms (NaPro). Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) hatte dazu bereits im April eine Stellungnahme abgegeben. Für die Gorleben-Gegner besteht die behauptete „nationale Strategie für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle“ lediglich auf dem Papier. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Zwischenlager werden zu Dauerlagern und als Reserve für alle Fälle wird das Bergwerk Gorleben offengehalten, um alle Problemabfälle, die nicht „konradspezifisch“ sind, zusammen mit hochaktivem Müll dort zu verbuddeln.“ Verantwortungsvoll wäre es, als ersten Schritt

die Produktion weiteren Atommülls zu beenden und eine nationale Debatte über das Atommüll-desaster zu eröffnen.

In der Region um das geplante Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle hat der Entwurf des NaPro die Menschen ganz besonders aufgerüttelt. Klammheimlich sollte die Auslegung des Nationalen Atommüll-Entsorgungsprogramms an der Öffentlichkeit vorbeigehen. Daß sich die Öffentlichkeit jetzt jedoch breit beteiligt, liegt vor allem an der Offenbarung, in das umstrittene Atommüll-Lager Schacht KONRAD viel mehr und ganz anderen radioaktiven Müll einlagern zu wollen. In einem bundesweit einzigartigen Bündnis haben die Stadt Salzgitter, die IG Metall, das Landvolk und die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad unter dem Motto „KONRAD stoppen statt erweitern“ gemeinsam mehrere zehntausend Unterschriften und Stellungnahmen gesammelt, die am 28. Mai 2015 dem Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) Jochen Flasbarth übergeben wurden. „Die Endlager-Kommission des Bundestages kann reden was sie will, die Bundesregierung schafft einfach Fakten und versucht die Probleme wegzudefinieren“, erklärte Peter Dickel für die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad. ●

## Atomwirtschaft

### Ewigkeitskosten

Die Bildung einer Atomstiftung zur Deckung der künftigen Kosten für die Verwahrung des Atommülls wird zu einer Verstaatlichung zumindest des Energieversorgers RWE führen. Das erklärte der parteilose frühere Bundeswirtschaftsminister und heutige Vorsitzende der RAG-Kohlestiftung, Werner Müller, in einer Rede am 29. Mai 2015 auf

<sup>2</sup> [http://www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/atomkraft/atommuell/kommission/zwischenbilanz/](http://www.bund.net/themen_und_projekte/atomkraft/atommuell/kommission/zwischenbilanz/)

einer Veranstaltung der Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät der Universität Duisburg-Essen.

Überlegungen der Energiekonzerne sehen vor, die derzeit in den Bilanzen von RWE, E.on und EnBW ausgewiesenen Rückstellungen von insgesamt 38 Milliarden Euro in eine Atomstiftung einzubringen und im Gegenzug wie bei der Kohlestiftung über eine Staatsgarantie eine Freistellung von den Ewigkeitskosten der Atomwilverwahrung zu erlangen. Das

Problem ist laut Müller, daß auf RWE 10 Milliarden Euro dieser Summe entfallen, der Konzern jedoch an der Börse derzeit lediglich knapp 13 Milliarden Euro wert ist und deshalb praktisch mit allen seinen Beteiligungen in eine solche Stiftung eingebracht werden müßte. RWE ist zudem bereits heute über die Beteiligung von Ruhrgebietskommunen zu 25 Prozent in öffentlicher Hand. Der größte deutsche Energiekonzern, E.on, kann sich dagegen eine Stiftungslö-

sung gut vorstellen. Auf ihn entfallen 16,6 Milliarden Euro Atomrückstellungen bei einem Börsenwert von derzeit noch rund 28 Milliarden Euro. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bezifferte die realistischen Kosten für den Abriss der Atomkraftwerke und die Lagerung des Atomwülls auf 50 bis 70 Milliarden Euro. Müller empfiehlt der öffentlichen Hand eine Bereitschaft zur Mithaftung, solange die Atomkraftwerksbetreiber noch nicht in-

solvent seien.

**Kommentar:** Tatsächlich werden keine großen Energieversorger mehr benötigt, wenn sich bei einem dezentralen Versorgungskonzept jeder Hausbesitzer eine Solaranlage auf das Dach montieren lassen und jedes Dorf sich ein eigenes Windrad leisten kann. Zur Finanzierung braucht es auch keine Großbank, dazu reicht die örtliche Raiffeisenkasse.

Th.D. ●

## Atomwüll

# Kritische Stellungnahme zum Nationalen Entsorgungsprogramm der Bundesregierung

Die EU-Richtlinie 2011/70/EURATOM verpflichtet die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, bis zum 23. August 2015 eine Bestandsaufnahme der abgebrannten Brennelemente und radioaktiven Abfälle zu erheben und ein Nationales Entsorgungsprogramm (NaPro) vorzulegen. Während die „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfälle“ des Deutschen Bundestages in Berlin noch über die dauerhafte Verwahrung der strahlenden Abfälle diskutiert, schafft die Bundesregierung Fakten. Sie hat – wie bereits berichtet – mitten in den Osterferien den Entwurf des nationalen Entsorgungsprogramms zusammen mit einem Umweltbericht veröffentlicht.<sup>1</sup> Bis zum 31.

Mai 2015 hatten Behörden und Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, dazu Stellungnahmen und Einwendungen einzureichen. In Zukunft soll alle drei Jahre ein Fortschrittsbericht bei der EU-Kommission eingereicht werden, der jedoch nicht zwingend mit einer weiteren Beteiligung der Öffentlichkeit verbunden ist. Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. in Salzgitter hat mit Datum vom 26. Mai 2015 eine ausführliche kritische Stellungnahme und Einwendungen zum Entwurf des Nationalen Entsorgungsprogramms der Bundesregierung vorgelegt.<sup>2</sup>

Kurzfassung des Umweltberichts [http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf\\_Entsorgungspolitik/nationales\\_entsorgungsprogramm\\_sup\\_zusammenfassung\\_bf.pdf](http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf_Entsorgungspolitik/nationales_entsorgungsprogramm_sup_zusammenfassung_bf.pdf)

<sup>2</sup> Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V.: Stellungnahme und Einwendungen zum Entwurf des Nationalen Entsorgungsprogramms vom 6. Januar 2015, Salzgitter, 26.05.2015, für den geschäftsführenden Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. gez. Karl-Ludwig Wasmus [http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf\\_Entsorgungspolitik/NaPro-Stellungnahme\\_Arbeitsgemeinschaft\\_Schacht\\_Konrad.pdf](http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf_Entsorgungspolitik/NaPro-Stellungnahme_Arbeitsgemeinschaft_Schacht_Konrad.pdf)

## Die Art der Auslegung der Unterlagen behindert eine tatsächliche Öffentlichkeitsbeteiligung

Das Bundesumweltministerium startete die Öffentlichkeitsbeteiligung am 1. April 2015, dem Mittwoch in der Karwoche, mitten in den Osterferien. Eine Voranzeige auf den Beteiligungsprozess fand nicht statt. Auf der Startseite der Ministeriumswebseite findet sich keinerlei Hinweis auf den Beteiligungsprozess. Erst der Pfad Themen/Atomenergie/Nukleare Sicherheit führt schließlich zum ersten Artikel. Ein solches Vorgehen widerspricht einer ernst gemeinten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an einem Konsultationsprozess und degradiert die Öffentlichkeitsbeteiligung zu einer Alibiveranstaltung, kritisiert die Arbeitsgemeinschaft (AG) Schacht Konrad.

Ähnliches konstatiert die AG Schacht Konrad bezüglich der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung. Bürgerinnen und Bürger in den Nachbarländern, die weder Deutsch noch Englisch (Fachvokabular) verstehen, müssen sich in ihrer Muttersprache mit netto 8 ½ Seiten Übersetzung der Zusammenfassung des Umweltberichtes begnügen.

[http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf\\_Entsorgungspolitik/NaPro-Stellungnahme\\_Arbeitsgemeinschaft\\_Schacht\\_Konrad.pdf](http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf_Entsorgungspolitik/NaPro-Stellungnahme_Arbeitsgemeinschaft_Schacht_Konrad.pdf)

## Die ausgelegten Unterlagen sind unvollständig

Öffentlich ausgelegt wurden lediglich der Entwurf des Nationalen Entsorgungsprogramms vom 6. Januar 2015 sowie der Umweltbericht vom 27. März 2015 und seine Zusammenfassung im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung zum Nationalen Entsorgungsprogramm. Folge man aber dem Schaubild auf Seite 4 des Nationalen Entsorgungsprogramms, so die AG Schacht Konrad, dann gehören unter das Dach des Programms aber ebenfalls der Bericht für die Überprüfungs-konferenz des gemeinsamen Übereinkommens über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle, der Bericht zur Durchführung der Richtlinie 2011/70/EURATOM, das Verzeichnis radioaktiver Abfälle sowie der Bericht über Kosten und Finanzierung der Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle. Diese Dokumente sind jedoch nicht Teil der ausgelegten Unterlagen. Der Bericht zur Durchführung der Richtlinie 2011/70/EURATOM und der Bericht über Kosten und Finanzierung der Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle sind im Netz gar nicht zu finden.

Der Entwurf des Nationalen Entsorgungsprogramms könne auch nicht als Zusammenfas-

<sup>1</sup> Nationales Entsorgungsprogramm, Stand 6.1.2015

[http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf\\_Entsorgungspolitik/NaPro\\_Entwurf\\_06\\_Januar\\_2015.pdf](http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf_Entsorgungspolitik/NaPro_Entwurf_06_Januar_2015.pdf)

Umweltbericht zum Nationalen Entsorgungsprogramm vom 27.3.2015

[http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf\\_Entsorgungspolitik/nationales\\_entsorgungsprogramm\\_sup\\_umweltbericht\\_bf.pdf](http://www.atommuellreport.de/fileadmin/Dateien/pdf/Pdf_Entsorgungspolitik/nationales_entsorgungsprogramm_sup_umweltbericht_bf.pdf)